

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Das «Erdgaszeitalter» hat unserem Land auch Sorgen gebracht

Probleme mit der Finanzierung der Erdgasversorgung – Weltweit steigt die Nachfrage nach Erdgas – Wachsender Anteil am Weltenergieverbrauch

(G.M.) – Zur Diversifizierung der Energieträger der bisher sehr einseitig auf das Erdöl ausgerichteten Energieverbrauchstruktur hat die Einführung des Erdgases 1986 zwar beigetragen, doch alle damals vorgetragenen Hoffnungen konnten bislang nicht erfüllt werden. An die Stelle der bei der Eröffnung der Erdgasleitung zur Schau gestellten Euphorie ist inzwischen eine gewisse Ernüchterung getreten, wobei der Finanzierungsaspekt in erster Linie zu dieser nüchteren Einschätzung beiträgt. Freilich sieht die Zukunft generell für das Erdgas nicht schlecht aus, denn weltweit ist eine steigende Nachfrage festzustellen, die zu einem wachsenden Anteil am globalen Energieverbrauch durch das Erdgas führt.

«In Liechtenstein hat heute das Erdgaszeitalter begonnen» – mit diesen geschichtsträchtigen Worten leitete der Präsident des Verwaltungsrates der liechtensteinischen Erdgasversorgung, Hilmar Ospelt, am 20. Oktober 1986 seine Ansprache zur Inbetriebnahme der Erdgasleitungen ein. Stolz, Euphorie und Hoffnung schwang in seinen folgenden Sätzen mit, als er erklärte: «Seit wenigen Stunden ist das kleine Fürstentum Liechtenstein dem grossen europäischen Erdgasnetz angeschlossen. Bereits hat auch schon der erste Betrieb unseres hochindustrialisierten Landes auf diese Energiequelle umgestellt. Weitere werden in diesem und in den nächsten Jahren folgen, bis dann erheblich früher als erwartet, öffentliche Gebäude und private Interessenten mit Erdgas versorgt werden können.»

Hoffnung nicht ganz erfüllt

Der Anschluss an das europäische Erdgasnetz und auch der Aufbau des Leitungssystems in unserem Land erfolgte in einem raschen Tempo, doch scheint die Rechnung vorerst nicht aufzugehen. Die optimistischen Erwartungen in bezug auf die Finanzierung des Leitungssystems mussten, nicht zuletzt aufgrund der Erdöl- und Erdgaspreisentwicklung, drastisch nach unten korrigiert werden. Und auch beim prognostizierten Absatzpotential erfolgten Abstriche nach unten: In einer Dokumentation 1986 wurde noch von einer «ausgeglichene Energiestruk-

tur» gesprochen, die sich «etwa zu gleichen Teilen auf Heizöl, Elektrizität und Erdgas abstützen» sollte. Im neuesten Bericht der Erdgasversorgung, den der Landtag als Beilage zur Jahresrechnung 1990 erhielt, wird «ein Anteil von 20 Prozent Erdgas am Gesamtenergieverbrauch als realistische Zielvorstellung betrachtet.» Laut Geschäftsbericht 1990 liegt der Erdgasanteil am gesamten Energiebedarf in unserem Land bei 12.8 Prozent.

Erdgas als gefragter Energieträger

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen wurde damit die ursprüngliche Zielsetzung deutlich nach unten verlegt, während auf der anderen Seite weltweit eine stetig steigende Nachfrage nach Erdgas registriert wird. Am 18. Weltgaskongress, der im Sommer 1991 in Wien stattfand, beurteilten die Fachleute die Perspektiven für das Erdgas in positivem Sinne, zumal auf globaler Ebene eine beschleunigte Nachfrage festzustellen ist, so dass das Erdgas heute bereits zum dritt-wichtigsten Energieträger, nach Erdöl und Kohle, aufstieg. Die gesteigerte Nachfrage ergibt sich laut Ergebnis der Weltgaskonferenz aus der «relativen Umweltfreundlichkeit des Erdgases gegen-

über den anderen fossilen Brennstoffen», womit sich zwischen der globalen Entwicklung und der Aufbau der Erdgasversorgung in unserem Land eine gewisse Parallele ergibt. Allerdings stimmt auch der andere Aspekt, der am Weltgaskongress zur Sprache kam, mit der Entwicklung in unserem Land überein: Die vermehrte Nutzung des Erdgases ist nur mit einem massiven Finanzierungsaufwand für die notwendige Infrastruktur möglich.

Hohe Infrastrukturkosten

Die westeuropäische Gaswirtschaft hat in den letzten dreissig Jahren, so verlautete am Weltgaskongress, nach heutigem Wert rund 300 Milliarden Dollar in die Gasversorgung von der Quelle bis zum Verbraucher investiert. Für den Ausbau der westeuropäischen Erdgasversorgung werden nach Schätzungen von Fachleuten bis zum Jahre 2010 weitere 200 Milliarden Dollar aufgewendet werden müssen, wobei in dieser Summe alle Kosten von der Erschliessung der Lagerstätten, über die Speicherung bis zum Transport und die Verteilung enthalten sind.

Die Frage der Finanzierung dieser Beträge dürfte im Planungszeitraum noch etliches Kopfzerbrechen bereiten. In un-

serem Land scheint man einen Schritt weiter voran zu sein. Nach einem Bericht der Regierung an den Landtag soll das Darlehen des Staates in Höhe von 28 Millionen Franken als à fonds perdu-Betrag abgeschrieben werden, für das restliche Darlehen gilt eine Zinsfreistellung bis zum Jahr 2005. Bis zu diesem Zeitpunkt allerdings sollen die Investitionen eine Begrenzung erfahren, wie es im Bericht heisst: «Für die Gesamtinvestitionen der liechtensteinischen Gasversorgung gilt – nach Abschreibung des à fonds perdu-Betrages des Landes von 28 Millionen Franken – bis zum Jahre 2005 eine Obergrenze von 52,9 Millionen Franken.» Dies bedeutet, dass das Feinverteilungsnetz nicht im bisher geplanten Ausmass verwirklicht werden kann, da die hohen Kosten vor allem durch die Feinverteilung in unserem stark zersiedelten Gebiet entstehen. Möglicherweise allerdings ergeben sich Änderungen in diesem Planungszeitraum, denn ganz ausgeschlossen ist nicht, dass aufgrund von Preisentwicklungen auf dem Energiemarkt irgendwann eine parallele Entwicklung zwischen der weltweiten Nachfrage nach Erdgas und der Nachfrage nach diesem Energieträger in unserem Land entsteht.

Sport aktuell

Galina: Klarer Sieg

Mit einem deutlichen 3:0-Auswärtssieg gegen RG Basel gelang dem VBC Galina Schaan ein optimaler Start in die Rückrunde der Nationalliga B. Die Schaaner führen damit die Tabelle weiterhin mit zwei Punkten Vorsprung auf Uni Basel an, während Bütschwil als zweiter Verfolger der Schaaner in Baden durch eine 1:3-Niederlage zwei Zähler abgeben musste.

Gute LSV-Läufer

Gute Ergebnisse bei FIS-Rennen erzielten am Wochenende die LSV-Läufer. Birgit Heeb kam im FIS-Riesenslalom von St. Lambrecht auf den 3. Rang. Die gleiche Klassierung gelang Marcel Heeb im FIS-Super-G von Santa Caterina, wo Jürgen Hasler in der FIS-Abfahrt auf Platz 5 kam.

Günther Marxer aus Schaanwald stand in Garmisch-Partenkirchen im Weltcup-Super-G im Einsatz, wo er mit 3.04 Sekunden Rückstand auf Überraschungssieger Patrick Holzer (ITA) auf den 65. Platz kam.

(Ausführliche Berichte im Sportteil).

Starke Liechtensteiner Langläufer

Markus Hasler, Carmen Senti und UWV-Staffel holten Meistertitel



Bei den gemeinsamen Meisterschaften des St. Galler Oberländer Skiverbandes, des Ostschweizer Skiverbandes und des LSV boten die einheimischen Akteure am Wochenende im Sieg sehr gute Leistungen. Markus Hasler (links) holte sich mit der Tagesbestzeit den dritten Meistertitel, während bei den Damen Carmen Senti (rechts vorne) den Meistertitel holte. Staffelleister wurde mit der Tagesbestzeit der UWV in der Besetzung Markus, Michael und Patrick Hasler. (Ausführlicher Bericht im Sportteil).

Tausende in den Bergen

Zürich/Bern (AP) Ideale Schneebedingungen haben am Wochenende Tausende in die sonnigen Höhen gelockt. Über dem Mittelland hielt dagegen hartnäckiger Nebel die Sonne zurück, wie ein SMA-Sprecher auf Anfrage sagte. Nach den Schneefällen von Ende letzter Woche herrschte in Teilen der Schweizer Alpen eine erhebliche örtliche Schneebrettgefahr. Trotz starkem Ausflugsverkehr kam es vorerst kaum zu Behinderungen.

In den Nebelgebieten herrschten Temperaturen um den Gefrierpunkt, in der Westschweiz war es eine Spur wärmer, wie der Sprecher der Schweizerischen Meteorologischen Anstalt (SMA) weiter sagte. Im Tessin kletterte die Quecksilbersäule unter der Sonne am Sonntag nachmittag sogar auf sechs bis acht Grad. In den nebelfreien Gebieten oder über der Nebelgrenze von rund 1000 Metern herrschte bei blauem Himmel sonniges Wetter. Bis Mitte der Woche soll es in den Bergen laut SMA auch wieder bedeutend milder werden.

Banken verteidigen Stempelsteuerrevision

Basel (AP) Die Schweizerische Bankiervereinigung hat die Revision der Stempelsteuer verteidigt, über die das Volk in einer Referendumsabstimmung wird entscheiden müssen. Es gehe dabei nicht um einen Entscheid über «einen Einnahmefall von 400 Millionen» oder «ein Geschenk an die Banken», teilte die Vereinigung am Sonntag mit. Ein Nein des Volkes zur Stempelrevision würde vielmehr die Zerstörung einer Steuerquelle für Bund und Kantone sowie den Verlust von Arbeitsplätzen bewirken, kritisierte die Bankiervereinigung.

Die vom Parlament beschlossene Reform der Stempelsteuer sichere solide Einnahmen aus dem Stempel durch die Besteuerung anderer Transaktionen, aber sie verhindere die weitere Abwanderung von Kunden ins Ausland, schreibt die Bankiervereinigung weiter. Die Reform sei für die Konkurrenzfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Schweiz äusserst wichtig.

Schweiz: Bald 100 000 Arbeitslose

Zürich (spk) Bis Juni 1992 wird die Zahl der Arbeitslosen in der Schweiz auf 100 000 steigen. Dies prognostizierte der Chefökonom der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) in einem Interview mit der «Schweizer Illustrierten». Zurzeit haben 58 600 Personen keine Arbeit, die Quote liegt bei 1,9 Prozent.

Die nächsten Monate würden hart, kündigte der Experte an. Am schlechtesten werde es der Bau- und der Maschinenindustrie gehen. Während für Chemie und Versicherungen positive Aussichten bestünden, sei der Trend bei den Banken uneinheitlich. Einige Institute würden das Jahr 1992 nicht überleben, prognostiziert Buomberger.

Streik beendet

Zürich (AP) Im Marmor- und Granitgewerbe kehren die Streikenden heute Montag nach dem einwöchigen Ausstand wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Eine nationale Streikversammlung beschloss am Samstag in Zürich, den Streik abzubrechen. Die Hauptforderung der Steinmetze nach der Wiederinkraftsetzung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) wurde von den Arbeitgebern erfüllt. Am kommenden Donnerstag wollen sich die Sozialpartner wieder an den Verhandlungstisch setzen.

NEAT-Referendum steht auf der Kippe

Bis gestern noch viel zuwenige Unterschriften beglaubigt

Bern (spk) Die Zitterpartie geht weiter: Für das Referendum gegen die neue Alpentransversale (Neat) sind zwar bis Sonntag nachmittag über 50 000 Unterschriften gesammelt worden, davon sind aber erst 46 200 beglaubigt. Um die Niederlage zu vermeiden, hat die Grüne Partei der Schweiz (GPS) kurzfristig die Gemeinden eingespannt. Auch Autojournalist Böhi hilft kräftig mit.

Gesamthaft sind bis Sonntag nachmittag zwischen 52 000 und 53 000 Unterschriften gegen das milliardenschwere Neat-Projekt gesammelt worden, wie GPS-Vizepräsident und Organisator des Referendums, Luzius Theiler, auf Anfrage sagte. Davon sind aber erst 46 200 Unterschriften beglaubigt. Theiler setzt nun auf die Gemeinden. Sie sollen nämlich die beglaubigten Unterschriftenbögen nicht zurück ans Referendumskomitee, sondern direkt nach Bern schicken.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden klappe bisher sehr gut, meinte Theiler und setzt dabei seine ganze Hoffnung auf sie. Doch auch Autojournalist und Tempo-130/100-Initiator Bernhard Böhi – politisch gesehen wohl kaum ein Freund der Grünen – hilft tatkräftig mit beim Unterschriftensammeln. Er hat bis Sonntag

rund 6000 Unterschriften zum Neat-Referendum beigesteuert.

In den vergangenen Tagen wurden vor allem in Zürich und Bern noch Unterschriften gesammelt. Im Kanton Uri, wo grosse Opposition gegen das Neat-Projekt zutage trat, sei die «Zitrone ausgepresst», sagte Theiler der Presseagentur spk am Sonntag. Das Urner Komitee habe über 5000 Unterschriften gesammelt; das sei ein Super-Resultat. Das Gros der Unterschriften soll am Montag nachmittag in Bern übergeben werden. Die Sammlung läuft de facto noch bis Montag 24.00 Uhr.

Der Unterschriftensammlung am meisten geschadet hat nach Theilers Ansicht die Ablehnung des Referendums durch den Verkehrsclub der Schweiz (VCS). «Der VCS gilt als verkehrspolitisch kompetent, das hat uns viele Stimmen gekostet».

Die Bundesratsparteien wären bei einem Scheitern des Referendums nicht unglücklich. Sie gehen davon aus, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter dem 24-Milliarden-Vorhaben Neat steht und keinen weiteren Bremsklotz in der Schweizer Verkehrspolitik mehr zulassen will.

EG mit GATT-Entwurf unzufrieden

Minister lehnen verlangte Kürzung der Agrarsubventionen ab

Brüssel (AP) Die Europäische Gemeinschaft hat vor der Fortsetzung der Verhandlungen über ein Abkommen zur Liberalisierung des Welthandels am Montag in Genf «bedeutende Verbesserungen und wesentliche Änderungen» an einem vorgelegten Vertragsentwurf gefordert. Der Vorschlag des Generaldirektors des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), Arthur Dunkel, wurde von den in den zwölf EG-Staaten für Handel und für Landwirtschaft zuständigen Ministern am frühen Samstagmorgen in Brüssel nach mehr als fünfständigen Beratungen in seiner vorliegenden Form abgelehnt.

Dunkels Entwurf sieht eine bedeutende Verringerung der Beihilfen für die Landwirtschaft und der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Erzeugnisse vor. Das Festhalten der EG an ihren Agrarsubventionen hat sich bislang als das grösste Hindernis für den Abschluss des neuen Welthandelsabkommens erwiesen. Dunkel regt an, die direkten Beihilfen für die Landwirtschaft um 20 Prozent und die Exportsubventionen um 36 Prozent zu kürzen und das Volumen der subventionierten Erzeugnisse um 24 Prozent zu verringern. Seine Vorstellungen bleiben jedoch hinter den Forderungen

der USA, Kanadas, Australiens und anderer Länder zurück, die wünschen, dass die EG-Länder bis zu 90 Prozent ihrer Agrarbeihilfen streichen.

Der portugiesische Handelsminister Fernando Faria de Oliveira, dessen Land derzeit in der EG den Vorsitz führt, erklärte nach den Gesprächen in Brüssel, die Gemeinschaft sei der Ansicht, dass «das Dokument in seiner gegenwärtigen Form noch kein ausgewogenes Dokument ist.» Frankreichs Landwirtschaftsminister Louis Mermaz rief zu Wachsamkeit auf, da sich die Verhandlungen ansonsten in einer für die Gemeinschaft höchst unvorteilhaften Weise entwickeln könnten. Die Franzosen als grösste Agrarexporteure der EG wehren sich am heftigsten gegen eine Kürzung der Subventionen.

Von britischer Seite wurde hervorgehoben, dass auch die EG ein grosses Interesse habe, die auch als «Uruguay-Runde» bekannten GATT-Verhandlungen nach fünfjährigem Tauziehen zum Abschluss zu bringen. Der britische Handelsminister Peter Lilley sagte: «Es gab definitiv ein positives Gefühl, dass wir zu einer Einigung kommen müssen.»